

Sozialdemokratische EU-Politik für Niedersachsen: stark und sozial!

Die meisten Entscheidungen für unser Zusammenleben in Niedersachsen werden heute in der EU getroffen, viele Aufgabenstellungen in einer globalisierten Ökonomie und einer stark exportorientierten niedersächsischen Wirtschaft lassen sich sinnvoll nur europäisch gestalten und eine starke und soziale EU birgt Chancen für den wirtschaftlichen Erfolg und verhindert Lohn- und Sozialdumping. Deshalb ist es im Interesse Niedersachsens nötig, deutliche Impulse zu setzen.

Marktradikaler Missbrauch

Konservative Kräfte haben seit einigen Jahren versucht, die EU zum einem marktradikalen Instrument umzubauen. Der Wettbewerbsdruck wurde auf die Steuer- und Sozialsysteme gerichtet. Und gerade die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurden kollektiver Schutzmechanismen beraubt. Damit wurde der Ansatz von Jaques Delors, das Soziale Europa neben Binnenmarkt und Währungsunion zu stellen und soziale und ökologische Mindeststandards für die ganze EU zu formulieren über Bord geworfen. Leider geht die jetzige niedersächsische Landesregierung in die gleiche Richtung. Sie verhält sich ausgesprochen passiv und stimmt skandalöserweise in den Chor des Abbaus sozialstaatlicher Ansätze in der EU mit ein und verkauft dies noch als Eigenverantwortung: „Die Landesregierung bejaht den Wettbewerb, weil er dem Prinzip von Eigenverantwortung entspricht. Deshalb sollte nicht alles, etwa an Umwelt-, Sozial- und Steuerstandards in Europa, einheitlich geregelt werden, sondern nur soviel, wie es für eine funktionierende Wettbewerbsordnung oder für eine sachgerechte Lösung grenzüberschreitender Umweltprobleme notwendig ist... (aus dem „Europapolitischen Konzept der Niedersächsischen Landesregierung“, Dez. 2006). Aber eine EU à la carte kann es nicht geben. Eine marktradikale EU verliert das Vertrauen der Menschen.

Vermeindlich populistische Versuche der eigenen Profilierung, in dem man sich unprofessionell gegen die EU in Stellung bringt, wie es der jetzige Ministerpräsident, sein bisheriger Wirtschafts- und vor allem sein Umweltminister gelegentlich machen, schaden weiter Niedersachsen in der EU.

Diejenigen, die immer den Abbau von staatlichen Regulierungen und Leistungen gefordert haben, erleben nun einen Scherbenhaufen. Die marktradikalen Kräfte sind grandios gescheitert.

Wir Sozialdemokraten wollen die EU sozial und gerecht gestalten!

Die Europäische Union hat für Niedersachsen einen besonderen Stellenwert. Niedersachsen liegt in der Mitte der EU und ist eine große europäische Region. Niedersachsen ist in den Europäischen Binnenmarkt integriert, das verarbeitende Gewerbe ist stark exportorientiert. Alle Kennzahlen machen deutlich, wie sehr Niedersachsen wirtschaftlich von der EU profitiert - neben den vielen menschlichen und kulturellen Bereicherungen, die Niedersachsen durch die EU erfahren hat.

Wir wollen proaktiv die EU mit gestalten und die eigenen Interessen in den EU Prozess einfließen zu lassen. Sozialdemokratische Europapolitik aus Niedersachsen orientiert sich am Leitbild einer solidarischen und ökologischen Erneuerung der EU. In diese Richtung wollen wir die europäische Gesetzgebung beeinflussen und an einem sozialen und demokratischen Europa arbeiten, das geprägt ist durch Demokratie, Gerechtigkeit, Lebensqualität, kulturellen Fortschritt und Frieden für alle Bürgerinnen und Bürger, für ein Europa in dem unsere gemeinsame Zukunft liegt.

Für das soziale Europa!

Nur durch eine EU, in der sich unsere sozialstaatlichen Traditionen wieder finden, können heute Globalisierungsprozesse gestaltet und die transnationale Unübersichtlichkeit eingeschränkt werden. Die EU muss wieder zu einer Kontrollinstanz werden. Nur so gibt es Wettbewerb unter fairen Bedingungen und Dumping wird verhindert. Nur so können die Chancen für Wachstum und Beschäftigung sich entwickeln und die Zustimmung für unser gemeinsames Projekt Europa gefestigt werden. Deshalb streiten wir für folgende grundlegende Gesetzgebungen:

- Gerade aus Niedersachsen heraus, nach den Angriffen und dem Urteil gegen das niedersächsische Tariftreuegesetz, müssen wir Initiativen auf dem Weg zur weiteren sozialen Integration entwickeln. Wir brauchen einen Stopp der Abwärtsspirale bei den sozialen Rechten und Löhnen.
- Die notwendigsten Arbeitnehmerschutzrichtlinien müssen schell und konsequent auf den Weg gebracht werden: Arbeitszeit-Richtlinie mit 48 Std. wöchentlicher Arbeitszeitbegrenzung und ohne opting out, Gleichberechtigung von Leiharbeitnehmern, Reform der Euro-Betriebsräteregeleungen,
- Wir wollen einen Rechtsrahmen für mögliche kollektive Vereinbarungen über Staatsgrenzen hinweg (Sektoral/ unternehmensbezogen) erreichen.
- Vor allem werden wir für die Überarbeitung der Entsenderichtlinie streiten, damit eindeutig klargestellt wird, dass der soziale Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Vordergrund steht. Für entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Erbringung von Dienstleistungen müssen die Vorschriften des Gastlandes im Hinblick auf Löhne und Arbeitsbedingungen uneingeschränkt gelten. In der Richtlinie sollte zudem klar die Möglichkeit verankert werden, dass die Mitgliedstaaten in Gesetzen oder Tarifverträgen auf die in ILO 94 definierten „ortsüblichen Löhne“ und nicht nur auf „Mindestlöhne“ verweisen können. Die Vielzahl von Methoden der Organisation der Arbeitsbeziehungen muss besser verankert werden. Begrenzt werden muss auch der Zeitraum, in dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Dienstleistungserbringung in ein anderes EU-Land entsandt werden können. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss gelten.
- Die Weiterentwicklung des europäischen Gesellschaftsrechtes muss klare Leitungs-, Kontroll- und Aufsichtsregeln beinhalten, die nicht den Interessen kurzfristiger Börsengewinne entsprechen, sondern auf eine solide unternehmerische Perspektive ausgerichtet sind. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen adäquat bei den Entscheidungs- und Kontrollstrukturen beteiligt werden.
- Das VW-Gesetz ist ein besonders Modell für die Beteiligung der Arbeitnehmer und zur Sicherung von Standorten. Wir setzen uns für den Erhalt des VW-Gesetzes ein.
- Wir werden uns für eine Verlagerungskontrolle in der EU einsetzen, damit reine Betriebsverlagerungen eingeschränkt und nicht auch noch subventioniert werden.
- Im niedersächsischen Interesse ist, dass der Steuerwettbewerb nach unten durchbrochen wird. Einsetzen werden wir uns für abgestimmte Körperschaftssteuern in der EU mit Mindestsätzen und angeglichenen Bemessungsgrundlagen für die Erhebung der unternehmensbezogenen Steuern.
- Offenbar verschärfen Geschäftsbanken die sich anbahnende Wirtschaftskrise noch durch Kreditzurückhaltung für dringend erforderliche Investitionen. Dieses Verhalten gefährdet die Liquidität niedersächsischer Unternehmen und damit zahlreiche Arbeitsplätze. Die Verursacher der Krise verhalten sich nun auch noch kontraproduktiv. Schon lange ist klar, dass wir eine veränderte Regulierung für den Finanzsektor brauchen. Transparente Bilanzierung, umfassende und einheitliche europaweite Aufsicht, Verbot von

Leerverkäufen, Finanz-TÜV für neue Finanzprodukte, Geschäfte nur mit Risikoteilung und Kontrolle der Ratingagenturen sind nur einige Stichworte der dringend notwendigen Neuaufstellung der Finanzarchitektur. Hedge- und Private-Equity-Fonds brauchen eine starke Aufsicht und Kontrolle, nicht jede wackelige kreditfinanzierte Firmenübernahme darf möglich gemacht werden.

- In einem einheitlichen Binnenmarkt und Währungsraum muss auch einheitlich wirtschafts- und fiskalpolitisch gehandelt werden; sonst bleibt es bei dem Wettbewerb der nationalen Konjunkturpolitik und der günstigsten Löhne, Steuer- und Sozialsysteme. Ein Währungsraum mit einer zentralisierten Geldpolitik erfordert zwangsläufig eine koordinierte Politik für Wachstum und Beschäftigung. Der Makroökonomische Dialog muss als Ausgangspunkt für ein verbindliches Instrument weiterentwickelt werden, das durch das Europäische Parlament demokratisch kontrolliert wird. Eine verbesserte Koordinierung könnte zu abgestimmten und nachhaltigen Investitionen führen. Dies ist angesichts der konjunkturellen Entwicklung 2009 mehr als nötig.

Für Beschäftigung, qualitatives Wachstum und ökologischen Fortschritt in Europa!

In den zentralen Sektoren der niedersächsischen Wirtschaft werden die Weichen in der EU gestellt. Um eine nachhaltige, ökologische Industriepolitik, die der Motor ist für Beschäftigung und qualitatives Wachstum umzusetzen, müssen wir also in der EU initiativ werden. Insbesondere die Anstrengungen für Forschung und Innovation in der EU (z.B. Forschungsrahmenprogramm) wollen wir so weiter entwickeln, damit Beschäftigung, qualitatives Wachstum und ökologischer Fortschritt in Niedersachsen gefördert und gestärkt wird. Darüber hinaus sind die zentralen Branchen für Niedersachsen besonders in den Focus der EU-Politik aus Niedersachsen zu stellen.

Automobilindustrie

Die Automobilindustrie ist die wichtigste Industriebranche in Niedersachsen. Mit deutlich über 120.000 Beschäftigten ist sie der größte industrielle Arbeitgeber. Nimmt man die Zulieferindustrie hinzu, hängen mehr als 30 % aller Industriearbeitsplätze in Niedersachsen direkt von der Kraftfahrzeugherstellung ab. Die indirekten Effekte im Dienstleistungsbereich kommen hinzu, von der Logistik über Finanzdienstleistungen bis hin zum Tourismus. Im Jahr 2007 erzielte die niedersächsische Automobilindustrie rd. 68.300 Mio. € Umsatz und damit 31 % aller Industrieumsätze. Die Exportquote lag mit 56 % deutlich über dem Durchschnitt des niedersächsischen Produzierenden Gewerbes von 42,4 %. Der Anteil der Investitionen mit über 1.000 Mio. € macht ca. ein Drittel an allen Investitionen in der niedersächsischen Industrie aus.

Auch im bundesweiten Vergleich zeigt sich die besondere Bedeutung der niedersächsischen Automobilindustrie, 9,0 % der Betriebe, 15,1 % der Beschäftigten, 20,7 % des Umsatzes und 19,9 % des Auslandsumsatzes sowie 13,9 % der Investitionen.

Wir wollen darauf hin wirken, dass die niedersächsische Mobilitätswirtschaft zukunftsfähig und wettbewerbsfähig entwickelt wird. Dazu brauchen wir einen integrierten Ansatz mit einer EU-Gesetzgebung zur Verringerung der Schadstoffe und Kohlendioxidemissionen, eine Stärkung für energieeffiziente Antriebe wie der Elektromobilität, eine integrierte Produktpolitik, zukunftsweisende elektronische Standards, eine verbesserte Verknüpfung der Verkehrsträger, ein tragfähiges Mobilitätsmanagement und eine entsprechende Infrastruktur.

Ernährungswirtschaft

Im Jahr 2007 konnte insgesamt ein Umsatz in Höhe von mehr als 25 Mrd. € (ca. 14,3%) erwirtschaftet werden. Damit ist die Ernährungswirtschaft die zweitwichtigste Branche nach der Automobilindustrie. Neben den rund 30.000 sozialversicherungspflichtig

Beschäftigten im Primärsektor sind in der Ernährungswirtschaft in Niedersachsens weitere ca. 85.000 Menschen beschäftigt, was führend innerhalb Deutschlands ist. Berücksichtigt man zusätzlich noch die Beschäftigten in vor- und nachgelagerten Industrien (z. B. Maschinenbau; Agrotechnik; Handwerk, Handel, usw.), so dürften etwa 130.000 Arbeitnehmer in diesem Bereich beschäftigt sein.

In Niedersachsen wird ein Anteil von ca. 16,4 % an der Bruttowertschöpfung der deutschen Landwirtschaft erwirtschaftet, was nach Bayern der höchste Anteil ist. Annähernd 20 % aller Rinder und jedes dritte Mastschwein stehen in Niedersachsen.. Etwa ein Drittel aller Legehennen, fast jede zweite Pute und mehr als 53 % aller Masthühner in Deutschland werden in Niedersachsen gehalten.

Wir wollen die Ernährungswirtschaft zukunftsgerecht weiterentwickeln. Qualitätssicherung, Lebensmittelsicherheit und Transparenz entlang der gesamten Wertschöpfungskette stehen oben auf der Tagesordnung. Neue Marktchancen durch den europäischen Biomarkt gilt es weiter zu entwickeln. Nachhaltige Land- und Fischereiwirtschaft, vernünftige ordnungsrechtliche Auflagen wie z.B. das Pflanzenschutzpaket, sinnvolle Setzungen für die Nutztierhaltung und eine ländliche Strukturpolitik geben gute Perspektiven für die Ernährungswirtschaft in Niedersachsen.

Chemie

Mit einem Umsatz von 10 .300 Mio. € hat die Chemische Industrie einen Anteil von 5,8 % am Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes. Mit ca. 28.000 Arbeitsplätzen ist die chemische Industrie ein bedeutender Arbeitgeber. Die chemische Industrie in Niedersachsen ist ein bedeutender Zulieferer der europäischen Automobilindustrie. Die Produktpalette der niedersächsischen Chemie ist breit gegliedert: anorganische und organische Grundstoffen, Arzneimittel, Duftstoffe und Aromen, Farben und Lacke, Reinigungs- und Körperpflegemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel und Pflanzenschutzmittel, spezielle Beschichtungsmitteln, Spezialkunststoffen und weitere Produkte.

Wir wollen sicherstellen, dass die chemische Industrie in Niedersachsen positive Entwicklungsmöglichkeiten hat. In der EU müssen Produktinnovationen angestoßen werden und insbesondere die Etablierung nachwachsender Rohstoffe forciert werden. Wir wollen sowohl für die Verarbeitung als auch in Produkten einen möglichst hohen Sicherheitsstandard erreichen. Wir werden die europäische Chemikaliengesetzgebung (REACH) weiterentwickeln, so dass Innovationen und Verbraucherschutz gestärkt werden.

Maritime Wirtschaft

Häfen, Schifffahrt, Schiffbau, Offshore, Meeresbergbau, Eis- und Polartechnik, maritime Aquakultur, blaue Biotechnologie, Hydrographie, maritime Leit- und Sicherheitstechnik, maritime Umweltschutztechnik, Küstenmanagement und der Wasserbau umschreiben die maritime Wirtschaft, einem weiteren für Niedersachsen zentralen Sektor. Dabei ist der Schiffbau ein traditioneller und wichtiger Zweig der maritimen Wirtschaft in Niedersachsen. Auf niedersächsischen Werften sind rund 6.000 hochqualifizierte Arbeitnehmer beschäftigt. Über 12.000 weitere Arbeitnehmer arbeiten bei den Zuliefererbetrieben. Die niedersächsischen Werften erwirtschafteten 2006 rund ein Drittel des Gesamtumsatzes in Deutschland, ca. 1,83 Mrd. Euro.

Wir wollen die Entwicklung einer integrierten EU-Meeresspolitik mit gestalten, die die Synergien verschiedener maritimer Politikbereichen nutzt, Entwicklungsperspektiven eröffnet und potenzielle Konflikte löst. Maritime Clustern sollen gefördert werden und zur Stärkung und Entwicklung des Seeverkehrs beitragen. Die Forschung zur Förderung der nachhaltigen Nutzung von Ozeanen und Meeren und der Innovationen in der Schiffstechnik ist zu intensivieren. Klimafreundliche

Verkehrswege bedeuten eine stärkere Nutzung der See- und Binnenschifffahrt und erfordern eine optimale Anbindung. Offshore-Windenergiepotenzial wollen wir in der EU nutzen und eine umfassende, grenzübergreifende Zusammenarbeit für die gemeinsame Nutzung von Erfahrungen und eine bessere Koordinierung z.B. bei den Stromnetzen und der maritimen Raumplanung sowie bei Regulierungspraktiken für Windparks entwickeln.

Energie

In Niedersachsen stammen bereits heute etwa 21 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien. Mit einem Anteil von 25 Prozent der bundesweit installierten Windleistung ist das Land Spitzenreiter. Führend ist Niedersachsen auch bei der Nutzung von Bioenergie, mit rund 37 Prozent der bundesweit errichteten Kapazität. Es gibt zahlreiche EE-Forschungseinrichtungen, ansässig sind zudem einige große Unternehmen aus der Windenergiebranche mit über 4.000 Beschäftigten. Mit 1.499 direkt und indirekt Beschäftigten (2007) spielt die Photovoltaik-Branche bisher eine geringere Rolle. Insgesamt ist die Branche der regenerativen Stromerzeugung in Niedersachsen mit 1.482 Unternehmen relativ gut vertreten. Allerdings ist das Gesamt-Rating für Niedersachsen nach einer neuen Studie des DIW trotz der guten Potentiale bescheiden. Bisherige Defizite bei der Nutzung Erneuerbarer Energien und beim technologischem Wandel lassen sich durch bestehende Hemmnisse in Genehmigung und Planung von EE-Anlagen, bei der Hemmnisbeseitigung, mangelndes politisches Engagement für die EE-Branche und dem Fehlen eines ambitionierten und differenzierten Energieprogramms mit entsprechenden Zielfestlegungen für die einzelnen Technologien erklären. Die Landesregierung nimmt nicht entschlossenen Kurs auf Erneuerbare Energien und Energieeffizienz und spricht sich sogar noch für eine Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken aus. Dies ist fahrlässig, da dadurch die Atommüllmengen ständig zunimmt und der Druck nur auf eine Lösung der Endlagerfrage zusätzlich verstärkt wird. Die Politik des Landes pro Atomkraft übersieht die langfristigen Risiken und die nicht gelöste Endlagerfrage. Dadurch wird außerdem der Druck erhöht, dass Niedersachsen mit Asse II, Schacht Konrad und Gorleben das „Atomklo“ Deutschlands wird. Dies kann keine Perspektive sein.

Wir wollen für eine sichere und umweltfreundliche Versorgung mit Energie in der EU eintreten. Zum einen gilt es den Energiebinnenmarkt so weiterzuentwickeln, dass eine stärkere Zusammenarbeit insbesondere im Falle von Versorgungsengpässen innerhalb der EU möglich wird. Energiesolidarität muss eine sinnvolle Koordinierung energiepolitischer Maßnahmen der Mitgliedstaaten ermöglichen. Zum anderen muss Europa grundsätzlich seine Abhängigkeit von endlichen fossilen Energiequellen verringern, mittel- und langfristig können sie weder unseren Energiebedarf decken noch genügen sie den Anforderungen des Klimaschutzes. Mit der Umsetzung des EU-Klimapaketes ergeben sich für Niedersachsen große Chancen, z.B. für Erneuerbare Energien, die bis 2020 in der Endenergienutzung zu verdoppeln sind, oder in Effizienztechnologien. Zudem ist eine stärkere Diversifizierung der Versorgung mit fossilen Ressourcen sicherzustellen, dazu gehört auch z.B. in Niedersachsen der Einsatz für eine Flüssiggasanlandungsanlage in Wilhelmshaven, die die Landesregierung nicht mit dem nötigen Nachdruck begleitet.

Kommunale Daseinsvorsorge

Obwohl angesichts von Finanz- und Wirtschaftskrise die marktradikalen Kräfte zur Zeit etwas ruhiger geworden sind, muss man doch feststellen, dass Vertreter der niedersächsischen Landesregierung Parteien noch vor wenigen Monaten die eine Zwangsliberalisierung der öffentlich verantworteten Daseinsvorsorge über die EU versuchten. Erinnerung sei an die Bestrebungen, z.B. Sparkassen zu privatisieren. Man stelle sich die Folgen dieser Politik für das klein- und mittelständisch geprägte Niedersachsen angesichts der jetzigen Situation ohne

öffentliche Sparkassen vor, die Realwirtschaft wäre in einer tiefen Krise. Wir werden in der EU uns für den Erhalt und für die Weiterentwicklung der Gestaltungsmöglichkeiten einer öffentlichen verantworteten Daseinsvorsorge einsetzen, wie z.B. beim ÖPNV, bei den Sparkassen und den Stadtwerken. Wir wollen Rechtssicherheit durch eine Gesetzgebung und einer Stärkung kommunalen Selbstverantwortung schaffen. Die Zeit der einseitigen Orientierung auf Liberalisierung ist endgültig vorbei.

EU Strukturförderung

Niedersachsen erhält von 2007 bis 2013 ca. 2,5 Milliarden Euro aus den EU-Strukturtöpfen. Diese EU-Fördergelder müssen besser in Maßnahmen zur Stärkung der Konjunktur eingepasst werden sowie die Abwicklung der EU-Projekte vereinfacht und beschleunigt werden, um die regionale Wirtschaft zu stärken. Die EU-Strukturförderung muss gezielt zur Entwicklung von Arbeitsplätzen, zur Steigerung der Innovationskraft und zur Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt werden. Zudem brauchen wir deutliche Schwerpunkte im Bereich Klimaschutz, Effizienzsteigerung und zur Förderung der Regenerativen Energien. Wir wollen auch für die nächste Strukturfondsperiode die richtigen Impulse für Niedersachsen durchsetzen und eine zielgerichtete Fortsetzung sicherstellen.

Eintrittskarte Zukunft mit Europa

Innerhalb der EU wird seit einigen Jahren intensiv über die Ausgestaltung des europäischen Bildungsraumes nachgedacht. Allgemeine und berufliche Bildung sollen gestärkt werden, die individuelle Förderung ausgebaut, die Durchlässigkeit erhöht und die Mobilität über Grenzen hinweg verbessert werden. In einer wissensorientierten Wirtschaft werden alle gebraucht und alle sind gefordert, in das lebensbegleitende Lernen einzusteigen. Diese Ansätze wollen wir in der EU weiterentwickeln. Gleichzeitig wollen wir aber die Impulse der europäischen Diskussionen und ihre Verabredungen für die Verbesserung der Bildungslandschaft in Niedersachsen nutzen. Immer noch verlassen zu viele Jugendliche ohne Schulabschluss die Schule, immer noch sind Bildungsgänge undurchlässig, immer noch bestimmt die Herkunft die Bildungschancen, immer noch wird zu wenig individuell gefördert, immer noch sind berufliche und allgemeine Bildung nicht gleichwertig, immer noch sind nicht die Qualifikationen für einen Hochschulzugang leitend, sondern der formale Abiturabschluss, immer noch ist die Mobilität und Anerkennung von Qualifikationen im EU-Ausland für Auszubildende, Facharbeiter und Studenten nicht

Gemeinsames Haus Europa stärken

Die Europäische Union ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Inzwischen verbindet die EU eine gemeinsame Wertorientierung und die Verpflichtung auf einen Grundrechtskanon. Dieses gemeinsame Haus sichert unsere Lebensbedingungen in Frieden, Freiheit und Solidarität. Gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise ist das Ringen um den inneren Zusammenhalt unseres gemeinsamen Hauses besonders wichtig, da Protektionismus und Nationalismus Nährboden bekommen. Wir wollen unser gemeinsames Haus aber weiter stärken, indem wir uns für eine Politik einsetzen, die jegliche Diskriminierungen bekämpft, Nationalismus keine Chance bietet, gemeinsame, auf Menschenwürde und Menschenrechte ausgerichtete Flüchtlings- und Asylstandards schafft und Migration steuert. Diese Aufgabe erstreckt sich nicht nur auf die europäische Ebene, Auch wir in Niedersachsen müssen sehr wachsam sein, welche Schritte notwendig sind, um den inneren Frieden in der EU zu entwickeln. Da ist die Landesregierung gefordert, Querschüsse helfen nicht weiter. Wir wollen ein aktiver und aktivierender Partner für alle Unternehmen, Organisationen, Vereine, Verbände, Kommunen, Schulen und Einzelpersonen sein, die an unserem gemeinsamen Haus mitwirken.